

Die Übernahme Gerekés in die Regierung, wenn auch nur als Kommissar, nicht als Minister, läßt nun des weiteren aber vermuten, daß damit seine bekannten Arbeitsbeschaffungspläne, die im übrigen in Fühlungnahme u. a. mit dem Stahlhelm, dem Reichsbanner und den Gewerkschaften zustande gekommen sein sollen, in das Regierungsprogramm aufgenommen sind. Beachtlich ist im Zusammenhang damit, daß Reichsbankpräsident Luther in seinen letzten Verlautbarungen seine Gegnerschaft gegen die Finanzierung des Gerekéschen Projektes gemildert, wenn nicht überhaupt aufgegeben hat. Außerlich wird das damit begründet, daß die für die erwähnten Einstellungsprämien zugesagten 700 Millionen Mark nach deren Fortfall ja frei geworden seien und nun für den Gereké-Plan zur Verfügung stehen könnten. Die Gegnerschaft gegen die Wagemannschen Vorschläge und Absichten besteht anscheinend dagegen noch unvermindert fort. Sind aber wirklich alle aus dieser Richtung in erster Linie für die Bank- und Kreditwirtschaft drohenden Gefahren beschworen? Den planwirtschaftlichen Ideen wird man wohl immer noch besondere Beachtung schenken müssen. Auch den Gerekéschen Plänen gegenüber können noch nicht alle Bedenken schweigen. Er wird sehr genaue Grenzen einhalten müssen, wenn kein Schaden entstehen soll. Unbedingt dürfen nur solche Arbeiten in Angriff genommen werden, die sich schon in absehbarer Zeit bezahlt machen und darauf rechnen lassen, daß sich die dafür aufzunehmenden Kredite einmal von selber tilgen. Langfristige, keinen Ertrag versprechende Investitionen kommen nicht in Frage. Die Finanzierung muß auch so durchgeführt werden, daß nicht auf die Sparkassen und ähnliche Institute zurückgegriffen zu werden braucht. Deren Mittel, die erfreulicherweise dank wachsender Einlagen und fortschreitenden Abbaus der Krisenschulden wieder zunehmen, müssen für den Personalkredit des Mittelstandes in Handwerk und Einzelhandel zur Verfügung bleiben. Im übrigen darf es sich bei der Arbeitsbeschaffung nicht um Unternehmungen der öffentlichen Hand selbst, womöglich im Regiebetriebe, handeln. Die öffentlichen Körperschaften haben nur als Auftragneher für die Privatwirtschaft aufzutreten. Nur unter allen diesen Voraussetzungen hat es Sinn und verspricht es Erfolg, daß die Zentralzündung für die Anturbelung des Wirtschaftsmotors nunmehr also doch der öffentlichen Hand überlassen und zugewiesen werden soll. Daß das eine nicht unwesentliche Abweichung von dem ursprünglichen Programm Papens bedeutet, kann nicht zweifelhaft sein. Die Wirtschaft wird die weitere Entwicklung, die noch in jeder Beziehung offen ist, sehr wachsam beobachten müssen. Dabei bleiben die Kommunal финанzen fernerhin eine große Sorge.

Für den Enderfolg steht weiter fest, daß der wirkliche Aufschwung nicht aus Deutschland allein heraus und nicht nur aus eigener Kraft kommen kann. Es bleibt dabei, daß es nur darauf ankommen kann, die deutsche Wirtschaft instand zu setzen, sich an die erwartete Weltkonjunktur sofort ansichtsreich anzuhängen. Auch in dieser Hinsicht hat sich aber die Lage bisher eher verschlechtert als gebessert. Die Weltwirtschaftskonferenz wird wahrscheinlich erst im Mai zusammentreten können. Das unerwartet große Staatsdefizit in den Vereinigten Staaten erleichtert die Lösung der Kriegsschuldenfrage nicht gerade. Auf der anderen Seite erhöht die französische Unnachgiebigkeit in der Rüstungsfrage die Spannung. Vorläufig ist noch kein Ausweg sichtbar, auf dem man aus der Sackgasse herauskommen könnte, in die man nachgerade geraten ist. Immerhin sind Vorarbeiten im Gange. Es liegt ja auch im Interesse aller, zu einer Verständigung zu kommen. Eine entscheidende Rolle dürfte schon die jetzt gerade wieder in den Vordergrund getretene mandschurische Frage zu spielen berufen sein. Es ist zu beachten, daß der Lytton-Bericht zuletzt auch das Zusammenarbeiten der Mächte zum Wiederaufbau Chinas empfiehlt. Japan hat diesen Hinweis in seiner Stellungnahme zu dem Bericht aufgegriffen. Es würde sich dabei vermutlich die Mandchurei als besonderes Arbeitsgebiet wählen und zuweisen lassen wollen. Gelänge aber eine Gesamteinigung auf diesen Gedanken, so wäre nicht nur ein erster Beweis allseitigen guten Willens zu friedlicher Aufbauarbeit erbracht, sondern mit dem Wiederaufbau und der weiteren Ent-

wicklung des 400-Millionen-Marktes China ein wirtschaftliches Aufgabengebiet erschlossen, das der Weltwirtschaft unbedingt die erwartete Konjunktur bringen müßte. Hoffentlich nehmen die Dinge diesen Lauf.

Wie weitgehend die Krise die deutsche Wirtschaftskraft schon erschöpft und verbraucht hat, lassen die eben jetzt veröffentlichten Zahlen über die Entwicklung des deutschen Volkseinkommens erschreckend deutlich erkennen. Es betrug nach den Ermittlungen und Umrechnungen des Statistischen Reichsamts

	1913	1925	1928	1931
insgesamt (in Milliarden Mark)	45.7	60.0	75.4	57.1
für Inlandszwecke (in Milliarden M.)	45.7	58.9	73.4	56.1
dasselbe, in Kaufkraft von 1928 (in Milliarden Mark)	60.3	63.9	73.4	62.6
je Kopf der Bevölkerung (in Mark)	1162	1024	1153	969
je Vollperson (in Mark)	1505	1262	1415	1180
Dasselbe, in Prozent von 1913	100	84	94	78

Nur das nach Abzug der Tributleistungen für Inlandszwecke übrig bleibende Einkommen ist natürlich zu berücksichtigen, und erst die Umrechnung auf die Kaufkraft von 1928, dem letzten Jahr guter Konjunktur, ergibt Vergleichsmöglichkeiten tatsächlicher, nicht bloß ziffernmäßiger Natur. Außerdem gibt erst die Umrechnung auf das Durchschnittseinkommen je Vollperson das richtige Bild; denn die Überalterung unseres Volkes, die inzwischen eingetreten ist, hat natürlich das Gewicht der nichts verdienenden und auch am Verbrauch anders beteiligten Kinder verändert. Dann aber ergibt sich, wie die Rechnung zeigt, daß das Volkseinkommen 1931 schon nur noch 78 Prozent des Vorkriegseinkommens ausmachte. Inzwischen ist es noch wesentlich weniger geworden. Die Verteilung der Privateinkommen auf die einzelnen Einkommensquellen ergibt sich aus folgender Zusammenstellung (Milliarden Mark Kaufkraft 1928):

	1913	1925	1928	1931
Land- und Forstwirtschaft	8.6	6.2	5.8	5.2
Handel und Gewerbe	14.0	11.8	12.2	8.4
Lohn und Gehalt	31.4	36.6	42.6	36.9
Kapitalvermögen	8.7	1.3	2.8	3.4
Vermietung u. Verpachtung	1.3	0.6	0.8	1.0
Renten und Pensionen	2.1	6.0	8.4	11.2
Dazu Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	0.8	1.4	2.3	2.5

Diese Zahlen zeigen, wo vor allem die Einkommenschrumpfung stattgefunden hat. In den Posten Renten und Pensionen spürt man Krieg und Inflation. Das ganze Elend der Krise zeigt sich im Rückgang des Unternehmereinkommens der ersten beiden Posten. Daß das Arbeitseinkommen (Lohn und Gehalt) höhere Zahlen aufweist, erklärt sich lediglich aus dem Anwachsen der erwerbstätigen Bevölkerung. Auch hier gibt erst die Umrechnung auf die Kopfquote das richtige Bild. Es betrug nämlich das Arbeitseinkommen:

	1913	1925	1928	1931
insgesamt (in Milliarden Mark)	20.7	33.7	42.6	33.1
insgesamt, in Kaufkraft von 1928 (in Milliarden Mark)	31.4	36.6	42.6	36.9
je verfügbaren Arbeitnehmer, Kaufkraft 1928 (in Mark)	1735	1699	1865	1602
je beschäftigten Arbeitnehmer, Kaufkraft 1928 (in Mark)	1764	1754	1986	1999
je vollbeschäftigten Arbeitnehmer, Kaufkraft 1928 (in Mark)	1764	1777	2008	2064

Bei Zugrundelegung aller verfügbaren Arbeitnehmer, einschließlich der Arbeitslosen, wird das Absinken auch des Durchschnittsarbeitseinkommens deutlich. Daß sonst eine Steigerung erscheint, beweist nur, daß das eben auf Kosten der Arbeitslosigkeit geht. Auch hier ist inzwischen im übrigen die Lage noch schlechter geworden; denn die Senkungen auf Grund der Rotverordnung vom 8. Dezember 1931 ist in den Zahlen noch nicht zum Ausdruck gekommen. Berücksichtigt man endlich noch die Einkommensschichtung, so wird die allgemeine Verarmung erst ganz deutlich. Im Jahre 1913 entfielen auf die Einkommen über 6000 Mark, die über 20 Prozent des Gesamteinkommens ausmachten, etwa 2 Prozent der Steuerpflichtigen, im Jahre 1928 auf die (der Kaufkraft nach etwa vergleichbaren) Einkommen